

# Regulatorischer Rahmen der kommunalen Wärmeplanung

Online-Seminar: Kommunale Wärmeplanung – Recht und Praxis

Oliver Antoni, Svenja Henschel  
26.09.2023

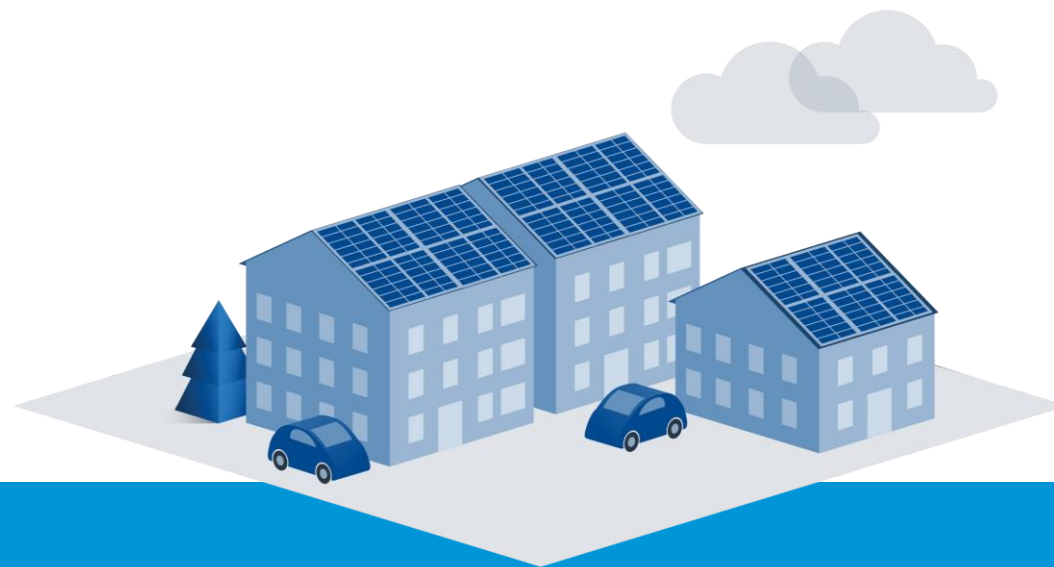


## Zukunftswerkstatt für das Recht der Energiewende

- ▶ Gemeinnütziges, spezialisiertes Forschungsinstitut
- ▶ Leitfrage: Wie muss sich der Rechtsrahmen verändern, damit die energie- und klimapolitischen Ziele erreicht werden?
- ▶ Interdisziplinäre Forschungspartner, enger Austausch mit der Praxis
- ▶ Beratung in Gesetzgebungsprozessen

# Agenda

- ▶ Status quo: Geltender Rechtsrahmen zur kommunalen Wärmeplanung in den Bundesländern
- ▶ Ante portas: Wärmeplanungsgesetz des Bundes (WPG)
  - Stand und Kernelemente des WPG
  - Vertiefung einzelner Aspekte des WPG
    - Durchführung und Inhalte der Wärmeplanung
    - (Un-)Verbindlichkeit der Wärmeplanung
    - Verknüpfung des WPG und des Gebäudeenergiegesetzes (GEG)
    - Auswirkungen des WPG auf bestehende Wärmepläne
- ▶ Ausblick



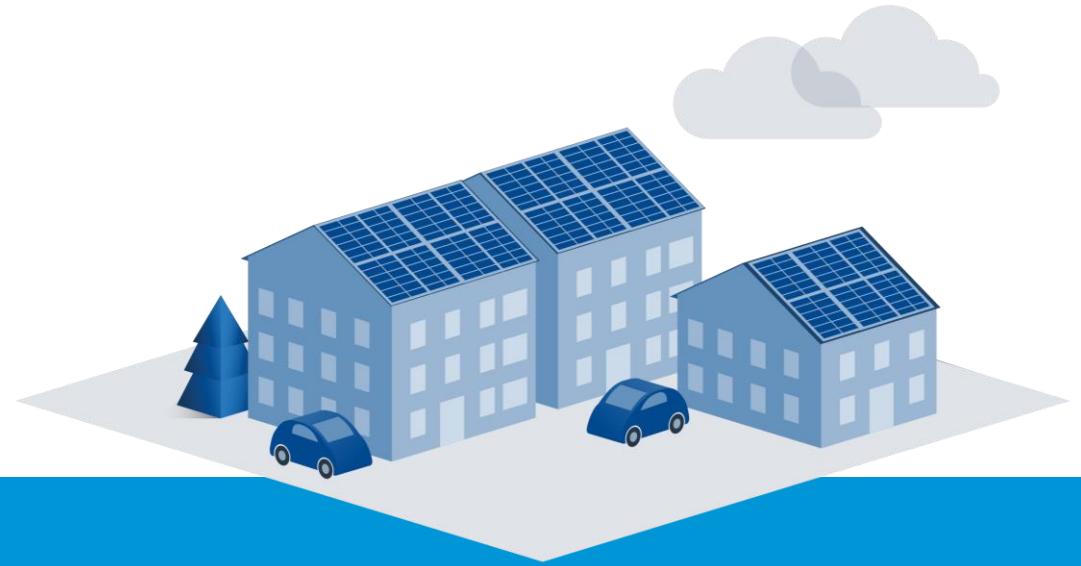
# Status Quo: Geltender Rechtsrahmen zur kommunalen Wärmeplanung in den Bundesländern

## Überblick: Geltender Rechtsrahmen auf Landesebene

Gesetzliche Pflicht zur Aufstellung von Wärmeplänen	Gesetzlicher Rahmen für eine (freiwillige) Wärmeplanung	Erwägung der Einführung einer kommunalen Wärmeplanung	Vorliegen von Wärmekatastern – Planungsgrundlage für Wärmepläne
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Baden-Württemberg (§ 27 KlimaG BW)</li> <li>• Hessen (§ 13 HEG)</li> <li>• Niedersachsen (§ 20 NKlimaG)</li> <li>• Schleswig-Holstein (§ 7 EWKG SH)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Berlin (§ 21 EWG Bln)</li> <li>• Hamburg (§§ 25 ff. HmbKliSchG)</li> <li>• Thüringen (§ 8 ThürKlimaG)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Brandenburg (Rundbrief des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung zum energetischen Umbau im Quartier)</li> <li>• Mecklenburg-Vorpommern (Aktionsplan Klimaschutz)</li> <li>• Rheinland-Pfalz (Maßnahmenkatalog zum Klimaschutzkonzept)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bremen</li> <li>• Nordrhein-Westfalen</li> <li>• Saarland</li> </ul>

## Inhalte der landesrechtlichen Regelungen

Regelungsinhalte bei verpflichtender und freiwilliger Wärmeplanung	Regelungsinhalte bei gesetzlicher Pflicht zur Aufstellung von Wärmeplänen
<ul style="list-style-type: none"><li>• Ermächtigungsgrundlage zur <b>Datenerhebung</b> für die Wärmeplanung</li><li>• Finanzierung (<b>Konnexitätsprinzip</b> bei verpflichtender Wärmeplanung) bzw. Förderung (Anreiz bei freiwilliger Wärmeplanung)</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Festlegung der <b>normverpflichteten Kommunen</b></li><li>• <b>Fristen</b> für die Erstellung der Wärmepläne</li><li>• <b>Zentrale Planungsschritte</b> bei der Erstellung der Wärmepläne</li><li>• Pflicht zur <b>Fortschreibung</b> der Wärmepläne</li></ul>



# Ante portas: Wärmeplanungsgesetz des Bundes (WPG)

Stand und Kernelemente

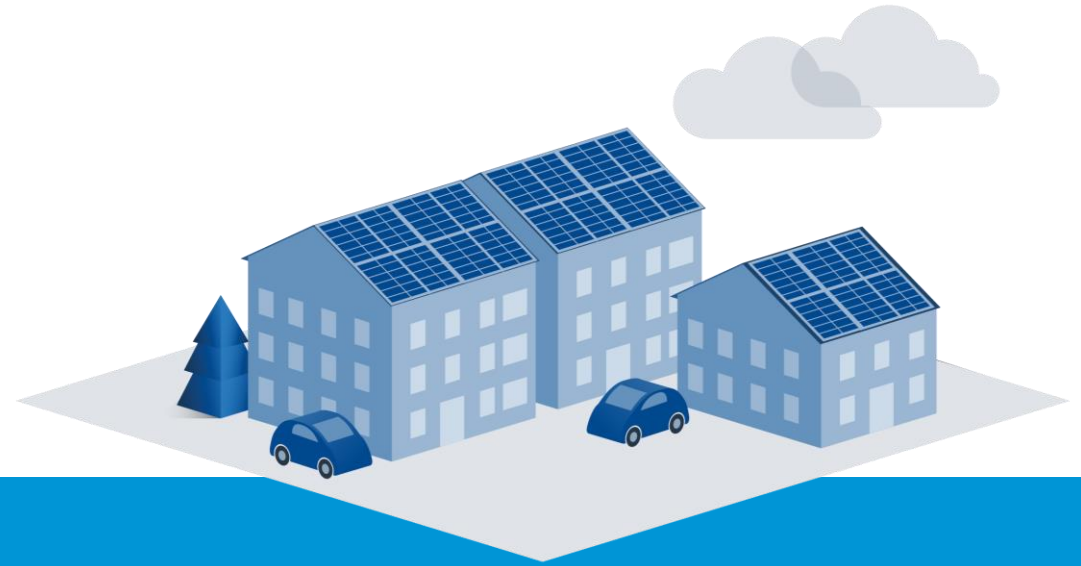
## Stand des Gesetzgebungsverfahrens

- ▶ Historie: Bisheriger Gang des Gesetzgebungsverfahrens
  - Juli 2022: **Diskussionspapier** BMWK
  - 30.11.2022: Konsultation der Länder, kommunalen Spitzenverbände, Ressorts und Verbände → **Referentenentwurf** (RefE) vom 03.05.2023
  - 04.05.2023: Einleitung der **Ressortabstimmung** → RefE vom 01.06.2023
  - 02.06.2023: Einleitung der **Länder- und Verbändebeteiligung** → RefE vom 21.07.2023
  - 21.07.2023: Einleitung der nochmaligen Länder- und Verbändebeteiligung
  - 16.08.2023: Beschluss des **Gesetzesentwurfs** durch die Bundesregierung
- ▶ Ausblick: Weiterer Gang des Gesetzgebungsverfahrens
  - Geplant für den 29.09.2023: Stellungnahme des Bundesrates und anschließende Gegenäußerung der Bundesregierung
  - Geplant für Mitte Oktober: Beschluss des Gesetzes durch den Bundestag
- ▶ Geplantes **Inkrafttreten** des WPG zum 01.01.2024



## Kernelemente des WPG

- ▶ Wärmeplanung und Wärmepläne
  - Einführung einer verpflichtenden und flächendeckenden Wärmeplanung (§ 4WPG)
    - Normverpflichtete: Länder (Aufgabenübertragungsverbot, Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG)
    - Flächendeckende Wärmeplanung für die Gebiete **aller** Gemeinden
    - Erstellungsfristen in Abhängigkeit von der Anzahl der Gemeindeglieder
      - ▶ Gemeinde > 100.000 Einwohnern: spätestens bis Ablauf des **30. Juni 2026**
      - ▶ Gemeinde ≤ 100.000 Einwohnern: spätestens bis Ablauf des **30. Juni 2028**
  - Schaffung eines **einheitlichen Rahmens** für die Durchführung der Wärmeplanung und für die Darstellung im Wärmeplan
- ▶ Verknüpfung von **WPG und GEG**
- ▶ Ausbau und Dekarbonisierung der **leitungsgebundenen Wärmeversorgung**



# Ante portas: Wärmeplanungsgesetz des Bundes (WPG)

Vertiefung einzelner Aspekte

# Durchführung und Inhalte der Wärmeplanung

# Durchführung und Inhalte der Wärmeplanung – Überblick

## Ablauf der Wärmeplanung nach §§ 13 ff. WPG

Beschluss über die <b>Durchführung</b> einer Wärmeplanung (§ 13 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WPG)	<b>Beteiligung der Öffentlichkeit und relevanten Akteure vor Ort (§§ 7, 13 WPG)</b>
(„Nicht-“) <b>Eignungsprüfung</b> nach § 14 WPG	
<b>Bestandsanalyse</b> nach § 15 WPG	
<b>Potenzialanalyse</b> nach § 16 WPG	
<b>Zielszenario</b> nach § 17 WPG	
Einteilung in voraussichtliche <b>Wärmeversorgungsgebiete</b> nach § 18 WPG	
Darstellung der <b>Versorgungsoptionen</b> für das Zieljahr nach § 19 WPG	
<b>Umsetzungsstrategie</b> mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen nach § 20 WPG	
Zusätzliche Anforderungen für <b>Gemeinden &gt; 45.000 Einwohnern</b> (§ 21 WPG)	
<b>Beschluss</b> und <b>Veröffentlichung</b> des Wärmeplans (§§ 13 Abs. 5, 23 Abs. 3 WPG)	

## Durchführung und Inhalte der Wärmeplanung – Was ist Pflicht und was ist Kür (steht im Ermessen)?

**Ziel des WPG: Schaffung eines einheitlichen Rahmens für die Durchführung der Wärmeplanung (Teil 2 Abschnitte 2-4 des WPG) und Darstellung im Wärmeplan (§ 23 WPG und Anlage 2 WPG)**

Grundsatz: **Beachtung aller Vorgaben** des WPG durch die planungsverantwortliche Stelle

Ausnahme: **Ermessen** der planungsverantwortlichen Stelle

### **Ermessensvorschriften für die planungsverantwortliche Stelle (Auswahl)**

#### Intendiertes Ermessen („sollen“)

- Darstellung von Teilgebieten mit **erhöhtem Energieeinsparpotenzial** (§ 18 Abs. 5 S. 1 WPG)
- Anforderungen an einen Wärmeplan für Gemeinden **> 45 000 Einwohner** (§ 21 WPG)
- Darstellung der Wärmeversorgungsart für das Zieljahr sowie der Umsetzungsstrategie und von Umsetzungsmaßnahmen im Wärmeplan (Anlage 2, V. und VI. WPG)

#### Ermessen („können“)

- Beteiligung der in § 7 Abs. 3 und Abs. 6 WPG genannten **Akteure**
- Durchführung einer **verkürzten Wärmeplanung** bei fehlender Eignung für eine Versorgung durch ein Wärme- und Wasserstoffnetz (§ 14 Abs. 4 WPG)
- **Ausweisungsentscheidung** (§ 26 Abs. 1 S. 1 WPG)

# **(Un-)Verbindlichkeit der Wärmeplanung**

## (Un-)Verbindlichkeit der Wärmeplanung (1)

- ▶ **Strategisches Planungsinstrument** mit bloß informatorischem Gehalt
- ▶ Keine unmittelbare rechtliche **Bindungs- und Außenwirkung**
- ▶ Konsequenz: Keine Klagebefugnis Dritter
- ▶ (Deklaratorische) Klarstellung der **rechtlichen Unverbindlichkeit** an diversen Stellen des WPG:
  - **Legaldefinition** der „Wärmeplanung“ in § 3 Abs. 1 Nr. 6 WPG als „rechtlich unverbindliche, strategische Fachplanung (...)“
  - Aus der Einteilung in ein voraussichtliches Wärmeversorgungsgebiet entsteht **keine** Pflicht, eine bestimmte Wärmeversorgungsart tatsächlich zu nutzen oder bereitzustellen (§ 18 Abs. 2 WPG)
  - Der Wärmeplan hat **keine rechtliche Außenwirkung** und begründet keine einklagbaren Rechte oder Pflichten (§ 23 Abs. 4 WPG)

## (Un-)Verbindlichkeit der Wärmeplanung (2)

- ▶ Aber: Pflichten zur **Berücksichtigung** der Darstellungen im Wärmeplan
  - Mittelbare rechtliche Bindungswirkung der Wärmepläne
  - Mittelbare Außenwirkung für einen eingeschränkten Personenkreis:

Berücksichtigungspflichten für die Verwaltung	Berücksichtigungspflichten für die Betreiber eines Energieversorgungs- oder Wärmenetzes
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bauleitplanung (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 g) BauGB)</li> <li>• Ausweisungsentscheidung (§ 26 Abs. 1 WPG)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Energieinfrastrukturplanung (§ 8 Abs. 2 WPG)</li> <li>• Wärmenetzausbau- und -dekarbonisierungsfahrplan (§ 32 Abs. 5 WPG)</li> </ul>

- ▶ **Ausweisungsentscheidung** nach § 26 WPG
  - Gesonderte (von der Wärmeplanung zu unterscheidende) Ermessensentscheidung
  - Unmittelbare rechtliche Bindungs-/Außenwirkung: Auslösung der GEG-Pflichten
  - Aber: Keine Pflicht, eine bestimmte Wärmeversorgungsart zu nutzen oder eine bestimmte Wärmeversorgungsinfrastruktur bereitzustellen (vgl. § 27 Abs. 2 WPG)



# Verknüpfung WPG und GEG

## Verknüpfung WPG und GEG – Gleichlauf der Fristen

- ▶ Gleichlauf der **Erstellungsfristen** nach § 4 Abs. 2 WPG und der **Übergangsfristen** des § 71 Abs. 8 S. 1 und 2 GEG

Gemeindegebiete > 100.000 Einwohner	
§ 4 Abs. 2 Nr. 1 WPG	§ 71 Abs. 8 S. 1 GEG
Erstellung des Wärmeplans spätestens <b>bis 30.06.2026</b>	Übergangsfrist für die Geltung der 65 %-EE-Pflicht <b>bis 30.06.2026</b>
Gemeindegebiete ≤ 100.000 Einwohner	
§ 4 Abs. 2 Nr. 2 WPG	§ 71 Abs. 8 S. 2 GEG
Erstellung des Wärmeplans spätestens <b>bis 30.06.2028</b>	Übergangsfrist für die Geltung der 65 %-EE-Pflicht <b>bis 30.06.2028</b>

- ▶ Hintergrund: **Wärmeplan als Informationsquelle** über (aktuelle und künftige) Anschlussmöglichkeiten sowie die jeweiligen technischen Heizmöglichkeiten

# Verknüpfung GEG und WPG – Ausweisungsentscheidung

**Entscheidung über die Ausweisung als Gebiet zum Neu- oder Ausbau von Wärmenetzen oder als Wasserstoffnetzausbaugesamt nach § 26 WPG**



## **(Vorzeitige) Auslösung der Rechtsfolgen des GEG**

§ 27 Abs. 1 WPG, § 71 Abs. 8 S. 3 GEG

Geltung der 65 %-EE-Pflicht einen Monat nach Bekanntgabe der Ausweisungsentscheidung



## **(Weitere) Übergangsfristen**

§ 71j GEG

Übergangsfristen bei Neu- und Ausbau eines Wärmenetzes bis zum Anschluss an Wärmenetz

§ 71k GEG

Übergangsfristen bei einer H<sub>2</sub>-ready-Gasheizung bis zum Anschluss an Wasserstoffnetz

# Auswirkungen des WPG auf bestehende Wärmepläne

## Auswirkungen des WPG auf „bestehende“ Wärmepläne

### Bestandsschutz für „bestehende“ Wärmepläne (§ 5 WPG)

Wärmepläne auf Grundlage von und im Einklang mit **Landesrecht** (§ 5 Abs. 1 WPG)

#### Konsequenzen:

- Bereits im Einklang mit Landesrecht erstellte Wärmepläne **bleiben wirksam**
- Wärmepläne können bis zum Ablauf der Erstellungsfristen weiterhin nach den landesrechtlichen Regelungen **erstellt werden**

Wärmepläne **ohne** landesrechtliche Regelung (§ 5 Abs. 2 WPG)

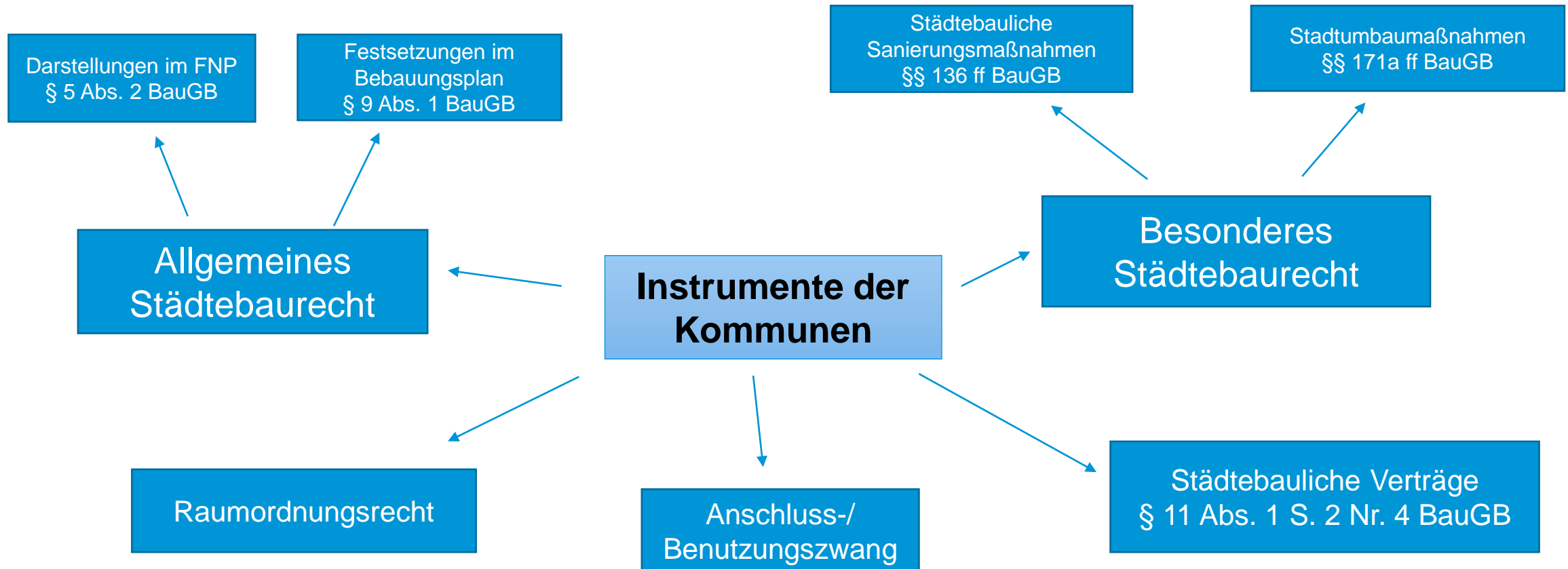
#### Voraussetzungen für den Bestandsschutz:

- **Beschluss** über die Durchführung der Wärmeplanung bei Inkrafttreten des WPG
- **Erstellung** und **Veröffentlichung** spätestens bis zum Ablauf des 30.06.2026
  - Wesentliche **Vergleichbarkeit**

### Fortschreibungspflicht (§ 25 Abs. 3 WPG)

Bestehende Wärmepläne nach § 5 WPG müssen die bundesrechtlichen Vorgaben des WPG im Rahmen der ersten Fortschreibung, spätestens ab dem **01.07.2030**, berücksichtigen

## Ausblick: Instrumente zur Umsetzung der Wärmepläne



## Aktuelle Forschungsaktivitäten

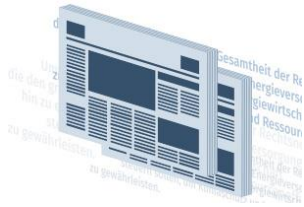
- ▶ **Abschlussbericht** zu KoWaP: „Kommunale Wärmeplanung – Rechtliche Grundlagen und neue Rechtsansätze zur Aufstellung und Umsetzung kommunaler Wärmepläne“, [Würzburger Studie #30 zum Umweltenergierecht](#)
- ▶ Instrumente zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung – Integrierte Entwicklung ordnungsrechtlicher, prozess- und maßnahmenbezogener Lösungsansätze für die kommunale Wärmewende (KoWaP-Pro)
- ▶ Projektpartner: adelphi | Prof. Dr. Jürgen Knies (HS Bremen)

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

# Bleiben Sie auf dem Laufenden



## Newsletter

Info | Stiftung Umweltenergierecht informiert periodisch über die aktuellen Entwicklungen



## Webseite

[www.umweltenergierecht.de](http://www.umweltenergierecht.de) als Informationsportal



## Social Media

aktuelle Informationen auf Twitter und LinkedIn





## Unterstützen Sie unsere Forschung



### Forschung fördern und gemeinsam mehr bewirken

Um weiterhin als Zukunftswerkstatt für den Rechtsrahmen der Energiewende wichtige Impulse setzen zu können, brauchen wir Ihre Unterstützung! Ihre Spende fördert unsere Forschung und hilft, die Energiewende voranzubringen.

### Kontakt

Hannah Lallathin  
Referentin Fundraising  
lallathin@stiftung-umweltenergierecht.de

### Spendenkonto

Sparkasse Mainfranken  
IBAN: DE16 7905 0000 0046 7431 83  
BIC: BYLADEM1SWU

Ass. iur. Oliver Antoni, LL.M.  
*Projektleiter*

antoni@stiftung-umweltenergierecht.de

Tel: +49-931-79 40 77-0

Fax: +49-931-79 40 77-29

Twitter: @Stiftung\_UER

Friedrich-Ebert-Ring 9 | 97072 Würzburg

**[www.stiftung-umweltenergierecht.de](http://www.stiftung-umweltenergierecht.de)**

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Zustiftungen und Spenden für laufende Forschungsaufgaben.

**Spenden:** BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)  
IBAN DE16790500000046743183

**Zustiftungen:** BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)  
IBAN DE83790500000046745469